

# Vertreter des HVB-Streubesitzes klagt Kooperation ein

Einstweilige Verfügung beantragt – Management soll weitere Dokumente herausgeben – Unicredit erhebt Anfechtungsklage

Börsen-Zeitung, 14.7.2007  
 mic München – Der Streit zwischen Unicredit und dem HVB-Streubesitz über die richtige Abfindung führt zu einer Klageflut. Nach der Milliarden-Schadenersatzklage von Investoren wollen die Italiener nun die Umsetzung eines Beschlusses der HVB-Minderheitsaktionäre gerichtlich verhindern. Im Gegenzug zielt der Interessenvertreter des Streubesitzes per Klage auf die Herausgabe von Dokumenten.

Unicredit hält den Beschluss der HVB-Hauptversammlung vom 27. Juni, einen besonderen Vertreter mit der Prüfung eventueller Schadenersatzansprüche zu beauftragen, für rechtlich zweifelhaft. Entsprechend wurde am 6. Juli Anfechtungsklage vor dem Landgericht München erhoben. Der Vorstand der HypoVereinsbank erklärte zugleich, den Beschluss nicht umzusetzen, da Zweifel an seiner Rechtmäßigkeit bestehe.

Rechtsanwalt Thomas Heidel von der Bonner Kanzlei Meilicke Hoffmann & Partner, den die Aktionäre



Thomas Heidel

ohne die Stimmen von Unicredit zum besonderen Vertreter gewählt hatten, reagierte mit Unverständnis auf die Argumentation. Das Vorgehen der HVB ähnele einem Vorstand, der seinen gewählten Aufsichtsrat nicht akzeptieren wolle.

Rechtsanwalt Ferdinand v. Rom von der Berliner Kanzlei Broich Bezenberger, der acht institutionelle HVB-Aktionäre bei ihrer bereits laufenden Schadenersatzklage über 17 Mrd. Euro vertritt, sprach auf Anfrage von einer Verhinderungstak-

tik. Entweder wolle das Management den Einblick endgültig verhindern oder Zeit gewinnen. Die Aktionäre könne als Signal verstanden werden, dass die Bank etwas zu verbergen habe.

## Sorgfältig entschieden

Die HypoVereinsbank widersprach erneut vehement dieser Auffassung. Beim Verkauf der Bank Austria Creditanstalt sei sorgfältig und gewissenhaft entschieden worden. Schadenersatzansprüche bestünden nicht. Man wolle sich aber grundsätzlich einer Kooperation mit Heidel nicht verweigern. Ohne Aufgabe des Rechtsstandpunktes habe man bereits umfangreiche Unterlagen zur Verfügung gestellt.

Heidel bestätigte zwar, er habe die Schriftsätze aus dem Dokumentencenter erhalten, die auf der Hauptversammlung alle Aktionäre einsehen, aber nicht mitnehmen konnten. Er sei jedoch interessiert beispielsweise an den Unterlagen, die bei der Diskussion der Wertermittlungen eine Rolle gespielt hätten: „Spannend ist, wenn man sieht,

wie die Gutachten entstanden sind.“ Außerdem sei er etwa an den Abstimmungsergebnissen im Vorstand über die Transaktionen interessiert.

Seine Befugnisse wolle er nun über eine einstweilige Verfügung durchsetzen, erklärte Heidel. Diese wurde am 9. Juli eingereicht. Das Landgericht München I werde am 16. August mündlich verhandeln, sagte Heidel. Sollte sein Ansinnen abgelehnt werden, müsse er erst die Argumentation des Gerichts prüfen. Höchstwahrscheinlich müsse er jedoch dann in die Beschwerde gehen, schließlich sei er den HVB-Aktionären verpflichtet.

## Grundsatzurteil angestrebt

Auf eine Überprüfung legen auch Unicredit und HVB wert. Die Befugnisse des besonderen Vertreters seien weder gesetzlich eindeutig formuliert, noch liege dazu klare Rechtsprechung vor, heißt es in einer Pressemitteilung. Zudem gebe es bisher kaum einschlägige Praxiserfahrung: „In der Kreditwirtschaft wäre die Bestellung eines besonderen Vertreters sogar ein Präzedenzfall.“ Bisher ist

die Bestellung nur von Mobilcom bekannt. Das Bankgeschäft weise eine besondere Sensibilität auf, argumentiert die HypoVereinsbank. Offenbar zielt die Bank darauf, die Rechte des besonderen Vertreters juristisch klären und einschränken zu lassen.

## Tausende im Visier

Der Hauptkritikpunkt von Unicredit zielt jedoch auf den Adressatenkreis der Schadenersatzansprüche, der inhaltlich viel zu unbestimmt sei. Der Hintergrund: Die Schadenersatzansprüche richten sich dem Beschluss zufolge gegen die gegenwärtigen und ehemaligen Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats der HypoVereinsbank sowie gegen Unicredit und mit dieser verbundene Unternehmen, jeweils einschließlich der gesetzlichen Vertreter. Tatsächlich dürfte es sich dabei um mehrere tausend Personen handeln. Sollte Heidel Schadenersatzansprüche feststellen, muss er der herrschenden Rechtsmeinung zufolge dann entsprechend bei dem gesamten Personenkreis aktiv werden. Eine Wahlfreiheit besteht nicht.

## GESPRÄCH MIT VORSTANDSCHEF ALBRECHT KIEL

# Direct Line sucht Kooperationspartner

Joint Venture des Mutterhauses Royal Bank of Scotland mit Tesco als Vorbild – Break-even in Deutschland 2007 geplant

Von Antje Kullrich, Düsseldorf

Börsen-Zeitung, 14.7.2007  
 Der Kfz-Versicherer Direct Line will sein Geschäft über Kooperationspartner ausbauen. „Hier finden aktuell vielversprechende Gespräche statt“, sagte Vorstandschef Albrecht Kiel im Gespräch der Börsen-Zeitung. Als äußerst attraktiv bezeichnete er eine Zusammenarbeit mit Finanztöchtern der Autohersteller und den Vertrieb über den Einzelhandel. In Deutschland stecken Partnerschaften mit dem Handel meist noch in den Kinderschuhen. Die Asstel. Di-

nach eigenen Angaben heute mehr als 5 Millionen Kunden.

Seit Mai bereits arbeitet Direct Line nach einer Testphase fest mit der RCI Banque zusammen, die zum Renault-Nissan-Konzern gehört. Hier ist die RBS-Tochter zweiter Ver-

sicherungspartner neben der Marktführerin Allianz.

Außerdem vertreibt Direct Line ihre Policen über acht der 15 zum genossenschaftlichen Sektor gehörenden PSD Banken. Während Ende vergangenen Jahres etwa 5% des Neu-

geschäfts über Kooperationen hereinkam, sollen es Ende 2007 im Kfz-Wechslergeschäft schon 10% sein.

Im hart umkämpften Kfz-Versicherungsmarkt konnte Direct Line im vergangenen Jahr gegen den Branchentrend zulegen. Das Beitrags-

wachstum von 11,6% auf knapp 115 Mill. Euro war nach Unternehmensangaben so hoch wie bei keinem anderen Autoversicherer in Deutschland. 280000 (i.V. 248000) Fahrzeuge waren Ende 2006 bei Direct Line versichert. Allerdings schrieb das Unternehmen mit einer kombinierten Schaden-Kosten-Quote von 119,9% auch tiefrote Zahlen. Das Vorsteuerergebnis lag 2006 bei -13,1 Mill. Euro. „Die Preisentwicklung seit 2004 haben wir in diesem Umfang nicht erwartet“, gibt Kiel denn auch heute mit Blick auf den harten Wettbewerb zu. Seit dem ope-

## ZUR PERSON

# Der Boss vom roten Telefon

ak – Mit einem altmodischen roten

dem Chefsessel sitzt, ist gemessen

# Buy-outs bringen Rekordprovisionen

Börsen-Zeitung, 14.7.2007

Bloomberg New York/London – Der weltweite Boom bei fremdfinanzierten Firmenübernahmen hat sich für die Investmentbanken an der Wall Street gelohnt. Im ersten Halbjahr 2007 bescherten Buy-out-Gesellschaften ihnen 8,4 Mrd. Dollar an Provisionen, das waren 34% mehr als ein Jahr zuvor. Damit dürfte der bisherige Rekord aus dem Vorjahr von 12,8 Mrd. Dollar im Gesamtjahr locker übertroffen werden.

Die meisten Provisionen zahlte bislang Blackstone, geht aus Daten von Freeman & Co. und Thomson Financial hervor. Die Buy-out-Gesellschaft, die im Juni an die Börse ging, blätterte im ersten Halbjahr 685 Mill. Dollar hin.

Goldman Sachs taucht auf beiden Seiten der Rankings auf: Ihre Beteiligungssparte zahlte Provisionen von 250 Mill. Dollar für LBO-Beratung, die Investmentbank kassierte 790 Mill. Dollar an Provisionserlösen. Goldman Sachs führt damit die Hitliste der Investmentbanken an.

Rang 2 bei den gezahlten LBO-Provisionen belegt Apollo Management (408 Mill. Dollar), gefolgt von Kohlberg Kravis Roberts (KKR) mit 335 Mill. Platz 4 nimmt CVC Capital Partners (309 Mill.) ein. Bei den Investmentbanken landet JPMorgan auf Platz 2, gemessen an den eingenommenen LBO-Provisionen. Auf den Rängen 3 bis 5 folgen Credit Suisse, Deutsche Bank und Citigroup.

Dieses Jahr haben Private-Equity-Gesellschaften bisher Käufe für 670 Mrd. Dollar angekündigt, doppelt so viel wie in der gleichen Zeit 2006.

# Pioneer verkauft an Société Générale

Börsen-Zeitung, 14.7.2007

cra Frankfurt – Die Société Générale kauft Pioneer Investments die Fondadministration, das Middle und das Back Office ab, teilte die französische Großbank mit. Die Société Générale Securities Services gehöre dann mit einem verwalteten Vermögen von 440 Mrd. Euro zu den größten Fondadministratoren in Europa, hieß es.